



Zur sofortigen Veröffentlichung – 17. Dezember 2014

## **TiSA: Neue Enthüllungen belegen Bedrohung des Datenschutzes und der Privatsphäre durch US-Konzerne**

PSI, 17. Dezember 2014 – Verbraucherschutz und Privatsphäre und auch die Entscheidungshoheit nationaler Regierungen sind in Gefahr - Profiteure sind allein die Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologiebranchen (IKT).

Dies geht aus den neusten an die Öffentlichkeit durchgesickerten Informationen über die Verhandlungen über das Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (TiSA) hervor, gegen die sich [PSI](#) seit Beginn der Gespräche im März 2013 aufgrund der fehlenden Transparenz ausgesprochen hatte.

Diese [Verhandlungsprotokolle](#), veröffentlicht von der *Associated Whistle-Blowing Press*, beziehen sich auf einen Vorschlag des US-Handelsvertreters vom 25. April 2014. Die Schwerpunkte sind hier elektronischer Handel (E-Commerce), Technologietransfer, grenzübergreifender Datenaustausch und Netzneutralität.

Der US-Vorschlag zielt auf die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der eigenen Dienstleistungsindustrie ab, die grenzüberschreitende Leistungen in erster Linie auf dem Weg des elektronischen Handels erbringt, sowie der ausländischen Direktinvestitionen in das verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor.

Damit wären besondere Vorteile für den US-amerikanischen Informations-, Telekommunikations- und Technologiesektor verbunden, weiterhin würden der Wettbewerbsvorteil und die Monopolrechte an geistigem Eigentum und Technologie geschützt.

Wird der Vorschlag angenommen, „so würde er auch Datenbestände zum Vorteil der US-Regierung, transnationaler Unternehmen und kommerzieller Interessen Dritter konsolidieren“, kommentieren [Jane Kelsey, Jura-Professorin an der University of Auckland, und Burcu Kilic von der US-amerikanischen Organisation Public Citizen](#).

„Damit ist vor allen der 'nationalen Sicherheit' und kommerziellen Interessen gedient.“

Darüber hinaus würde das Abkommen Regulierungsmöglichkeiten des Staates verhindern oder einschränken, die die Tätigkeiten und Gewinne der größten globalen Dienstleistungsindustrien begrenzen, sowie uneingeschränkte grenzüberschreitende Datenströme garantieren. Dies hätte wiederum Auswirkungen auf den Verbraucherschutz, den gesetzlichen Schutz der Privatsphäre, regulatorische Beschränkungen und die Wettbewerbspolitik.

„Es ist nicht akzeptabel, dass sich die Bürger und Bürgerinnen auf anonym zugespielte Schriftstücke verlassen müssen, um herauszufinden, über welche Gesetze ihre Regierungen in ihrem Namen verhandeln“, sagt dazu PSI-Generalsekretärin Rosa Pavanelli.

„Wir wissen, dass TiSA die Finanzmärkte weiter deregulieren wird. Gescheiterte Privatisierungsprojekte sollen nicht wieder rekommunalisiert werden dürfen, und auch die Gesetze des Datenschutzes sollen unterlaufen werden. Was verbergen unsere Regierungen wohl sonst noch vor uns?“

Daniel Bertossa, bei PSI für Politik & Governance zuständig, sagt: „Diese Bestimmungen würden es erlauben, dass sensible persönliche und wirtschaftliche Daten außer Landes geraten. Angesichts der jüngsten Spionage- und Abhörskandale ist es ungeheuerlich, dass diese Option überhaupt in Erwägung gezogen wird.“

TiSA wird zurzeit zwischen 23 Partnerländern verhandelt (wobei die EU als ein Land zählt) mit dem Ziel, den Anwendungsbereich und die Bestimmungen des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) im Zuständigkeitsbereich der Welthandelsorganisation (WTO) zu erweitern.

Im Gegensatz zum GATS werden die TiSA-Verhandlungen hinter geschlossenen Türen geführt, und die Vertragsparteien weigern sich, die Verhandlungstexte oder maßgebliche Unterlagen zu veröffentlichen. Einige Länder haben einige wenige Unterlagen über ihre TiSA-Angebote veröffentlicht (zum Beispiel die Schweiz und die EU). Die meisten Unterlagen werden jedoch streng vertraulich behandelt, darunter auch diejenigen des US-Handelsvertreters.

Auf dem Umschlag des anonym veröffentlichten US-Vorschlags steht VERTRAULICH und „Aufhebung der Geheimhaltung: Fünf Jahre nach Inkrafttreten des TiSA-Abkommens oder, falls kein Abkommen in Kraft tritt, fünf Jahre nach Beendigung der Verhandlungen.“ Dies entspricht einer höheren Geheimhaltungsstufe, als sie für frühere Abkommen wie die Transpazifische Partnerschaft (TPP) vorgeschrieben war.

Bis zur Veröffentlichung der ersten verfügbaren Kritik [TISA kontra öffentliche Dienste](#) im März 2014 durch PSI wurden die Verhandlungen als Geheimsache unter Verschluss gehalten.

Der PSI-Bericht beschreibt, wie TiSA dafür sorgen würde, dass gescheiterte Privatisierungen nicht wieder in die öffentliche Hand zurückgeführt werden könnten, und wie die Möglichkeiten von Staaten eingeschränkt würden, privatisierte öffentliche Dienste und andere Gemeinwohlbereiche wie Arbeitsschutz, Verbraucherschutz, Umweltschutz und den Schutz von Kleinunternehmen zu regulieren.

Der [durchgesickerte Text über die Finanzdienstleistungen](#), den Wikileaks im Mai 2014 veröffentlicht hat, bestätigte zahlreiche dieser Befürchtungen im Bereich der Finanzmarktregulierungen.

Weitere Informationen:

- [Associated Whistle-Blowing Press](#) document
- [Briefing on US TISA proposal on E-commerce, Technology Transfer, Cross-border Data Flows and Net Neutrality](#)
- PSI Special Report: [TISA kontra öffentliche Dienste](#)

END